Datum: 28.02.2019

Az.: wo-hr

Beschlussvorlage - öffentlich -

	Beratungsfolge	Datum
1.	Haupt- und Finanzausschuss	14.03.2019

Betreff:

Budget- und Produktbericht 2018

Bestandteile dieser Vorlage sind:

1. Das Deckblatt
2. Der Beschlussvorschlag und die Sachdarstellung
3. 1 Anlage

Der Bürgermeister Roland Schäfer	Der Bürgermeister In Vertretung Ulrich Beigeordneter und Stadtkämmerer
---	---

Amtsleiter Hartl	Sachbearbeiter Wolter	
-------------------------	------------------------------	--

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Vorlage – Drucksache Nr. 11/1503 – zur Kenntnis.

Sachdarstellung:**Entwicklung der Budgets und Produkte**

Nach Ablauf des Jahres 2018 haben die Budgetverantwortlichen Stellungnahmen zur Entwicklung ihrer Budgets abgegeben. Die Produktverantwortlichen nehmen in ihren Berichten Stellung zur Zielerreichung sowie Leistungsentwicklung ihrer Produkte.

Die Stellungnahmen beinhalten neben Aussagen über die bisherige Entwicklung der Budgets auch Prognosen über das voraussichtliche Ergebnis im Jahr 2018. An dieser Stelle können noch keine Jahresabschlusszahlen vorgelegt werden, da der formelle Buchungsschluss für 2018 zum 31.12.2018 zwar festgesetzt wurde, aber etwaige Abschlussbuchungen immer noch erfolgen können. Die Haushaltsauswertungen, als Basis für die Budgetberichte, wurden bereits Anfang Januar 2019 erstellt, um die Vorlagen termingerecht vorlegen zu können.

Die Stellungnahmen der Budgetverantwortlichen beziehen sich ausschließlich auf den Teil des Budgets, den sie beeinflussen können. Erträge bzw. Aufwendungen aus der Auflösung von Sonderposten sowie Abschreibungen werden vom StA 20 nach Abschluss des laufenden Haushaltsjahres gebucht.

Da die Budgetverantwortlichen mithin keinen Einfluss auf die Ergebnisse dieser Sachkonten haben und auch vom StA 20 noch keine verbindliche Prognose zu den Ergebnissen dieser Konten abgegeben werden kann, sind sie zwingend von der aktuellen Betrachtung auszuschließen. Nur so kann ein unverzerrtes Bild des voraussichtlichen Budgetergebnisses dargestellt werden.

Die Anlage zu dieser Vorlage beinhaltet die Stellungnahmen zu den Budgets und Produkten, für die der Haupt- und Finanzausschuss laut Zuständigkeitsordnung verantwortlich ist.

Ferner sind die Stellungnahmen zu den Buchungsstellen beigefügt, die in Deckungskreisen zusammengefasst zentral von den Zentralen Diensten und vom Sachgebiet für Hochbau- und Gebäudewirtschaft bewirtschaftet werden.

Inhalt der Vorlage:

Budget	01.01	Gleichstellungsstelle
	01.02	Personalrat
	01.03	Bürgermeisterbüro
	01.04	Wirtschaftsförderung, Tourismus
	01.10	Zentrale Dienste
	01.14	Rechnungsprüfungsamt
	03.20	Amt für Finanzen und Steuern
	04.23	Immobilienwirtschaft
	09.20	Allgemeine Finanzwirtschaft
	Produkt	01.11.01
01.11.03		Zentrale Dienste und Organisationsangelegenheiten
01.11.04		Personalmanagement
01.11.05		Presse, Öffentlichkeitsarbeit, Städtepartnerschaften
01.11.06		Technische Informationsverarbeitung
01.11.07		Rechnungsprüfung
01.11.10		Finanzmanagement
01.11.11		Rechnungswesen
01.11.12		Vollstreckung
01.11.13		Steuern und sonstige Abgaben
01.11.14		Beschaffung und Bereitstellung von Liegenschaften
01.11.15		Gebäude- und Energiewirtschaft
01.11.16		Technisches Immobilienmanagement/Hochbau
01.11.19		Archiv
01.11.20		Bürgermeisterbüro
02.12.01		Statistik und Wahlen
11.53.02		Beteiligung an den Gemeinschaftsstadtwerken (Versorgung)
11.53.03		Beteiligung an den Gemeinschaftsstadtwerken (Gas)
11.53.05		Beteiligung an den Gemeinschaftsstadtwerken (Wasser)
15.57.01		Wirtschaftsförderung
15.57.02		Tourismus
15.57.03		Stadtmarketing
16.61.01		Allgemeine Finanzwirtschaft (inhaltlich deckungsgleich mit dem Budget 09.20, s. daher: Ausführungen zum Budget 09.20)
16.61.02	Allgemeine Finanzwirtschaft (inhaltlich deckungsgleich mit dem Budget 09.20, s. daher: Ausführungen zum Budget 09.20)	

Entwicklung des Gesamtergebnisplanes

Unter Berücksichtigung der vorliegenden Prognosen der Budgets sowie der Deckungskreise ergeben sich für den gesamten Ergebnisplan zum Jahresende 2018 voraussichtlich **Haushaltsverbesserungen** von rund **4.255 T€**.

Gemäß NKF-Haushalt war für 2018 ein Jahresergebnis von **+ 609 T€** veranschlagt. Aktuell ist das Jahresergebnis nunmehr voraussichtlich mit **+ 4.864 T€** zu kalkulieren.

Gesamtbeurteilung des Ergebnisplanes

Zusammengefasst ergeben sich für 2018 bislang folgende Abweichungen:

	Verbesserung (+) bzw. Verschlechterung (-) in T€
Budgetbereich 1	+ 162
Budgetbereich 2	+ 513
Budgetbereich 3	- 184
Budgetbereich 4	+ 19
Budgetbereich 9	+ 3.430
Deckungskreis Personal	+ 215
Deckungskreise Sachkosten	+ 100
Ergebnishaushalt gesamt	+ 4.255

Hinweis zu den Budgetverbesserungen bzw. –verschlechterungen:

Die ausgewiesenen Zahlen basieren auf Auswertungen von Anfang Januar 2019.

Ergänzend ist noch darauf hinzuweisen, dass durch die Kämmerei noch weitere Jahresabschlussbuchungen nach den Bestimmungen des NKF, wie z.B. Abschreibungen, Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, Pensions/ Beihilfe-Rückstellungen, etc. sowie Rechnungsabgrenzungen durchzuführen sind. Auf die Auswirkungen dieser Buchungen kann in den Stellungnahmen von den Budgetverantwortlichen nicht eingegangen werden, da sie keinen Einfluss auf die einschlägigen Buchungsstellen nehmen können. Mithin werden aus sachlichen und rechtlichen Gründen noch Veränderungen gegenüber der Prognose dieser Sachdarstellung eintreten.

Gesamtentwicklung der städtischen Finanzen

Es folgt an dieser Stelle eine zusammenfassende Darstellung der von den Budgetverantwortlichen prognostizierten voraussichtlichen Jahresergebnisse der einzelnen Budgets in 2018:

Budgets	Budgetergebnis	Summe in T€
Budgetbereich 1. Allgemeine Verwaltung		
01. Gleichstellungsstelle		+/- 0
02. Personalrat		+ 2
03. Bürgermeisterbüro		+ 1
04. Wirtschaftsförderung, Tourismus		+147
10. Zentrale Dienste		- 3
14. Rechnungsprüfungsamt		+ 15
	Summe Budgetbereich 1.	+ 162
Budgetbereich 2. Ordnung und Soziales		
33. Bürgerbüro		+ 141
40. Schulverwaltung, Weiterbildung und Sport		+ 370
51. Jugendamt		+ 2
	Summe Budgetbereich 2.	+ 513
Budgetbereich 3. Finanzen und Kultur		
20. Finanzen und Steuern		- 196
30. Rechtsamt		+ 3
41. Kulturreferat		+ 9
	Summe Budgetbereich 3.	- 184
Budgetbereich 4. Bauen und Wohnen		
23. Immobilienwirtschaft		- 277
60. Bauberatung, Bauordnung		+ 104
61. Planung, Tiefbau, Umwelt		+ 142
68. Baubetriebshof		+ 50
	Summe Budgetbereich 4.	+ 19
Budgetbereich 9. Allgemeine Finanzwirtschaft		
9. Allgem. Finanzwirtschaft		+ 3.430
	Summe Budgetbereich 9.	+ 3.430
	Summe aller Budgets	+ 3.940
Ergebnis der Deckungskreise:	Verbesserung:	+ 315
Gesamtprognose:	Verbesserung:	+ 4.255

Bei den oben ausgewiesenen Summen handelt es sich um prognostizierte Jahresbeträge. Die als Anlage beigefügten Budgetberichte wurden aufgrund hochgerechneter Zahlen, auf Basis der Zwischenergebnisse von Anfang Januar 2019, ermittelt.

Wirtschaftsförderung und Tourismus Budget 01.04

Das Treuhandprojekt Logistikpark konnte im 1. Halbjahr 2018 abgeschlossen werden. Die WFG Kreis Unna hat als Treuhänder dieses Projektes insgesamt rd. 211 T€ an Guthaben (Erträge aus Treuhandverträgen) überwiesen. Durch die Errichtung des Eigenbetriebes BreitBand Bergkamen wird der veranschlagte Ansatz (Pachterträge Breitbandnetz) nicht bedient. Dadurch ergibt sich ein Minderertrag in Höhe von rd. 89 T€.

Durch weitere Mehrerträge und Minderaufwendungen wird es insgesamt zu eine **Budgetverbesserung** in Höhe von rd. **147 T€** kommen.

Bürgerbüro Budget 02.33

In den Budgetbereichen **Bürgerservice, Standesamt und Ordnungsangelegenheiten/ Feuerwehr** hat sich zum Jahresende eine **Budgetverbesserung** von ca. **41 T€** ergeben, wobei zu berücksichtigen ist, dass im Laufe des Jahres mehrere Mittelbereitstellungen aus dem Budgetbereich Soziales für das Produkt Feuerwehr erfolgt sind.

Im Budgetbereich Soziales kann zum Jahresende eine **Verbesserung** von rund **100 T€** festgestellt werden. Der größte Anteil entfällt dabei auf den Bereich der Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten in Höhe von 61 T€. Bedingt durch die Zuweisungen des Landes von Integrationsmitteln konnte trotz der sinkenden Anzahl erstattungsfähiger Personen bei den pauschalierten Landeszuweisungen nach dem FlüAG eine Verbesserung durch Mehrerträge in Höhe von rd. 145 T€ erzielt werden. Im Bereich der Aufwendungen für die Versorgung von Geflüchteten wird aktuell ein Rückforderungsverfahren des Landes NRW gegenüber der Stadt Bergkamen durchgeführt, da eine Prüfung der Bezirksregierung ergab, dass ein Teil der zugewiesenen Personen die Voraussetzungen der pauschalierten Landeszuweisungen nicht im angenommenen Umfang erfüllt. Hierzu erfolgte durch die Verwaltung eine Rückstellung i. H. v. 600 T€. Die tatsächliche Rückforderungssumme ist derzeit konkret noch nicht bezifferbar. Die erwartete Erstattung zu Unrecht erhaltener Landesmittel erhöht in diesem Bereich die Aufwendungen um rd. 552 T€. Ohne Berücksichtigung der Rückstellung sind die Aufwendungen für die Versorgung von Geflüchteten gegenüber der Planung um 48 T€ gesunken.

Im Bereich der Kostenerstattungen durch Sozialleistungsträger ist es - insbesondere bei der Abrechnung von Krankenhilfeleistungen – zu einer erheblichen Verbesserung durch Mehrerträge i. H. v. 660 T€ gekommen, da diese Leistungen in geringerem Umfang in Anspruch genommen wurden. Auch bei der Kostenerstattung durch die Betroffenen selbst sind bedingt durch zahlreiche Übergänge in den Rechtskreis SGB II und der damit verbundenen erforderlichen Erstattung von zu Unrecht erbrachten Leistungen höhere Erträge aus Rückzahlungen i. H. v. rd. 86 T€ zu verzeichnen. Aus dem Produkt erfolgten noch Mittelbereitstellungen für andere Produkte in Höhe von insgesamt 279 T€, so dass in der Summe die v. g. **Verbesserung i. H. v. 61 T€** verbleibt.

Das Produkt Unterbringung von Geflüchteten und von Obdachlosigkeit bedrohten Personen hat mit einer **Verbesserung von rd. 32 T€** abgeschlossen. Die Aufwendungen der baulichen Unterhaltung der Objekte waren um rd. **7 T€** geringer als prognostiziert.

Insgesamt schließt das Budget 02.33 zum Jahresende mit einer **Verbesserung** in Höhe von rund **141 T€** ab.

Schulverwaltung, Weiterbildung und Sport Budget 02.40

Die **Budgetverbesserung** in Höhe von **370 T€** ist hauptsächlich auf drei Punkte zurückzuführen. So konnten im Bereich der baulichen Unterhaltung aufgrund der Auslastung des Hochbauamtes sowie der Handwerksbetriebe verschiedene Maßnahmen in 2018 nicht durchgeführt werden. Seit 2017 gibt es eine neue VKU-Finanzierung (Ratsbeschluss vom 29.09.16, Drucksache Nr. 11/0642). Die bis dahin durchgeführte Sonderabrechnung (sog. Umweltkartenausgleich) im Bereich der Schülerverkehre ist entfallen. Zuletzt ist dafür ein Betrag von rd. 135 T€ jährlich aus dem Budget entrichtet worden.

Im Bereich der Ganztagsangebote konnten nicht alle zur Verfügung stehenden Mittel verausgabt werden. Dies hat mehrere Ursachen. Zum einen sind die Fördermittel des Landes erhöht worden. Zum anderen sind die Erträge durch die hohe Auslastung der Betreuungsangebote gestiegen. Dies betrifft sowohl die Elternbeiträge als auch die Landesmittel. Bei den Aufwendungen konnten nicht alle Mittel verausgabt werden. Stellen, die aus den verschiedensten Gründen frei geworden sind, konnten nicht immer sofort wiederbesetzt werden.

Es wurden für das Jahr 2019 Rückstellungen gebildet.

Finanzen und Steuern Budget 03.20

Rechnerisch ergibt sich eine **Budgetverschlechterung** in Höhe von **196 T€**. Die einzelnen Positionen sind aus der in der Anlage beigefügten Tabelle ersichtlich. Endgültige Werte (insbesondere fehlende Abschlussbuchungen) ergeben sich erst nach Erstellung des Jahresabschlusses 2018.

1. Im Bereich der Verwaltungsvollstreckung führen Säumniszuschläge zu Mindererträgen in Höhe von 19 T€.
2. Die Konzessionsabgaben der GSW Gemeinschaftsstadtwerke im Bereich Stromversorgung fallen um 77 T€ niedriger aus als eingeplant.
3. Das Gestattungsentgelt der GSW für den Bereich Fernwärme überschreitet den Ansatz um 19 T€.
4. Die Konzessionsabgaben der GSW Gemeinschaftsstadtwerke im Bereich Gasversorgung fallen um 121 T€ niedriger aus als eingeplant.
5. Die Konzessionsabgaben der GSW Gemeinschaftsstadtwerke im Bereich Wasserversorgung fallen um 22 T€ höher aus als eingeplant.
6. Der tatsächliche Bescheid der Bezirksregierung Arnsberg zur Krankenhausfinanzierung ergibt eine Verbesserung des Budgets in Höhe von 5 T€.
7. Die Abrechnung der VKU für das Jahr 2017 führt zu Mehraufwendungen bei dem Refinanzierungsanteil ÖPNV in Höhe von 25 T€.
8. Zum jetzigen Zeitpunkt ist noch nicht absehbar wie hoch die Ergebnisabführung des SEB ausfallen wird. Daher wird zunächst der Planansatz der Stadt in Höhe von 4.200 T€ zugrunde gelegt.

Immobilienwirtschaft Budget 04.23

Der Budgetplan weist unter anderem bei dem Produkt Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken einen Haushaltsansatz in Höhe von 300 T€ aus. Das tatsächliche Ergebnis liegt noch nicht vor, so dass zur Zeit von einer **Budgetverschlechterung** in Höhe von rd. **277 T€** auszugehen ist.

Bauberatung, Bauordnung und Hochbau Budget 04.60

Im Jahr 2018 waren infolge der guten wirtschaftlichen Lage und das konstant niedrige Zinsniveaus erhöhte Bautätigkeiten zu verzeichnen. Dadurch blieben die Fallzahlen im Bereich der Baugenehmigungsverfahren und die Einnahmen aus zugehörigen Baugenehmigungsgebühren höher als prognostiziert.

Es wird mit einer **Budgetverbesserung** in Höhe von rund **105 T€** gerechnet.

Planung, Tiefbau, Umwelt, Budget 04.61

Im Produkt Städtebau sind die Planungskosten für die Bauleitplanung gesunken, da sich die Investoren an den Planungskosten beteiligen. Die Kosten für die Sonderplanungen (ZB. IGA 2027, Naturarena, Wasserversorgungskonzept, Integriertes Handlungskonzept Bergkamen Mitte) fallen erst in 2019 an. Im Produkt Öffentliche Verkehrsflächen liegt die Jahresabrechnung für die Straßenbeleuchtung noch nicht vor.

Die erheblichen Mehrerträge in dem Produkt Friedhöfe ergeben sich aus der erhöhten Anzahl der Beisetzungen im Jahr 2018. Für den Bereich Öffentliche Grün- und Freiflächen liegen die Rechnungen für die Unterhaltung der Bergehalde Großes Holz und die Unterhaltung der Radwege auch noch nicht vor. Rückstellungen wurden gebildet.

Das Budget schließt insgesamt mit einer **Verbesserung** in Höhe von rd. **142 T€** ab.

Baubetriebshof Budget 04.68

Im Bereich der Einnahmen konnten die geplanten Ansätze nicht erreicht werden. Hier ist ein Minderertrag in Höhe von 30 T€ zu verzeichnen. Besonders hervorzuheben ist hier der Bereich der Kostenerstattungen der Sondervermögen. Bedingt durch den milden Winter fehlen prognostizierte Einnahmen in Höhe von rd. 28 T€. Im Gegensatz zu den Einnahmen konnten im Bereich der Aufwendungen Einsparungen erzielt werden.

Das Budget schließt letztendlich mit einer **Verbesserung** in Höhe von rd. **50 T€** ab.

Allgemeine Finanzwirtschaft Budget 09.20

Rechnerisch ergibt sich eine **Budgetverbesserung** in Höhe von **3.430 T€**. Die einzelnen Positionen sind aus der in der Anlage beigefügten Tabelle ersichtlich. Endgültige Werte (insbesondere fehlende Abschlussbuchungen) ergeben sich erst nach Erstellung des Jahresabschlusses 2018.

1. Bei der Grundsteuer A ergeben sich Mindererträge in Höhe von 3 T€.
2. Bei der Grundsteuer B ergeben sich Mehrerträge in Höhe von 136 T€.
3. Bei der Gewerbesteuer des Jahres 2018 ergeben sich Mehrerträge in Höhe von 4.019 T€. Insbesondere handelt es sich hierbei um Nachzahlungen für Vorjahre.
4. Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ergibt sich nach erfolgter Schlussabrechnung eine Verbesserung in Höhe von 158 T€.
5. Beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer ergeben sich nach erfolgter Schlussabrechnung Mindererträge in Höhe von 43 T€.
6. Bei der Vergnügungssteuer ergeben sich Mehrerträge in Höhe von 351 T€.
7. Die Erträge im Bereich der Hundesteuer fallen um 2 T€ höher aus.
8. Nach dem Abrechnungsbescheid des Landes NRW ergeben sich bei den Leistungen aus dem Familienleistungsausgleich Mehrerträge in Höhe von 23 T€.
9. Die Schlüsselzuweisungen des Landes NRW fallen um 5 T€ höher aus als eingeplant.
10. Bei den Erträgen aus der Gewerbesteuervollverzinsung ergeben sich Verschlechterungen in Höhe von 104 T€.
11. Gewinnanteile aus Beteiligungen übersteigen den Ansatz um 10 T€.
12. Die Abrechnung des Einheitslastenabrechnungsgesetzes (ELAG) führt zu einer Verbesserung in Höhe von 76 T€.
13. Bei den Gewerbesteuerumlagen ergeben sich aufgrund des erhöhten Gewerbesteueraufkommens Mehraufwendungen in Höhe von 1.724 T€.
14. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 12.12.2017 beschlossen, die Kreisumlage auf einen Hebesatz von 41,78 v.H. festzusetzen. Gegenüber dem Planansatz ergeben sich Haushaltsverbesserungen in Höhe von 54 T€.
15. Die tatsächlichen Aufwendungen aus Forderungsabgängen führen insbesondere im Bereich der Gewerbesteuer zu einer Verschlechterung in Höhe von 66 T€.
16. Bei den Zinsaufwendungen aus der Gewerbesteuervollverzinsung ergeben sich Verbesserungen in Höhe von 15 T€.
17. Aufgrund der allgemeinen Zinsentwicklung kann eine Ersparnis bei den Zinsaufwendungen für Investitionskredite in Höhe von 349 T€ erzielt werden.
18. Aufgrund des zurzeit günstigen Zinsniveaus und der tatsächlichen Inanspruchnahme von Kassenkrediten können Zinseinsparungen in Höhe von 172 T€ erreicht werden.

Entwicklung der Deckungskreise

Die Deckungskreise werden von den Budgetverantwortlichen in ihren Stellungnahmen nicht berücksichtigt. Daher folgt an dieser Stelle eine budgetübergreifende Darstellung der Deckungskreise:

Deckungskreis	Verbesserung(+) bzw. Verschlechterung (-) in T€
Deckungskreis Personal (1)	+ 316
Deckungskreis Personal (3)	- 101
Deckungskreise Sachaufwendungen:	
Büroeinrichtungen und - maschinen (100)	+ 3
Wartung EDV-Anlagen und Büromaschinen (101)	+ 7
Mieten EDV-Anlagen und Büromaschinen (110)	+ 7
Unterhaltung Kfz, Steuer, Versicherung (130)	+ 9
Betriebsstoffe (131)	+/- 0
Versicherungen und Schadenfälle (140)	+ 4
Bürobedarf (141)	+ 8
Literatur (142)	+/- 0
Porto, Frachtkosten, Mobilfunkgebühren (143)	+ 7
Öffentliche Bekanntmachungen (144)	+ 6
Dienstreisen (145)	+ 15
Software (147)	+ 6
Verfilmung/ Digitalisierung von Schriftgut (148)	+ 3
Zwischensumme Deckungskreise ZD	(+75)
Miete Telefon- u. Meldeanlagen	- 1
Grundbesitzabgaben, Gebäude, Inventarversicherungen	- 22
Heizung	+ 36
Reinigungsmittel	+ 15
Reinigung öffentlicher Gebäude	- 6
Strom, Wasser, Kehrgebühren	+/- 0
Versicherungen	+ 4
Telefon- u. Internetgebühren	- 2
Zwischensumme Deckungskreise StA 65	(+25)
Deckungskreise (nur Sachaufwendungen)	+ 100
Deckungskreise gesamt	+ 315

Deckungskreise der Zentralen Dienste

Deckungskreis (1) - Personalaufwendungen

Nach der Berechnung des Sachgebietes Personal wird der Deckungskreis 1 "Personalaufwendungen" im Jahr 2018 voraussichtlich mit einem **Minderaufwand** von **rund 316 T€** abschließen. Dies begründet sich wie folgt:

Minderaufwendungen:

Familienzentren

Im Bereich der Familienzentren sind **Minderaufwendungen** in Höhe von **rund 28 T€** zu verzeichnen. Grund hierfür sind zum einen das Buchungsverhalten der Eltern, zum anderen unbezahlte Fehlzeiten (u.a. Arbeitsunfähigkeit, Elternzeit) der vorhandenen Beschäftigten, bei denen die zur Vertretung eingestellten Personen geringere Personalkosten verursachen.

Musikschule

Im Bereich der Musikschule entstehen ebenfalls **Minderaufwendungen** in Höhe von **rund 86 T€**. Dies resultiert zum einen daraus, dass der erforderliche Unterrichtsumfang in diesem Jahr im Bereich "JeKITS" geringer ist. Zum anderen werden krankheitsbedingte Ausfälle, bei denen die Entgeltfortzahlung bereits endete, durch Honorarkräfte aufgefangen. Die entsprechenden Honorare werden jedoch nicht aus dem DK 1 gezahlt.

Den Minderaufwendungen stehen Mindereinnahmen für den Bereich "JeKITS" im DK 3 gegenüber (s. unten Punkt 2).

Beihilfen

Im Bereich der Beihilfen für die aktiven Beamtinnen und Beamten wurden im Ansatz 140 T€ Euro kalkuliert. Es wurden jedoch tatsächlich rund 182 T€ ausgezahlt. Dafür ist im Bereich der Beihilfen für die passiven Beamten ein Minderaufwand von rund 97 T€ zu verzeichnen. Insgesamt ergibt sich somit für den Bereich der Beihilfen ein **Minderaufwand** von **rund 55 T€**.

Versorgungsumlage

Im Bereich der Versorgungsumlage für die Beamtinnen und Beamten sind **Minderaufwendungen** in Höhe von **rund 24 T€ zu verzeichnen**.

Personalpolitisch konnten die Personalkosten zusätzlich um **rund 564 T€** durch diverse Maßnahmen bzw. Umstände vermindert werden:

- Gewährung von Altersteilzeit (Einsparungen während der Arbeitsphasen)
- unerwartetes Ausscheiden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne unmittelbare Nachbesetzung
- krankheitsbedingte bzw. mutterschutzrechtlich bedingte Ausfälle ohne bzw. mit Vertretungen, die geringere Personalkosten verursachen (z.B. durch niedrigere Stufenzuordnung)
- Verlängerung / Gewährung von Teilzeitbeschäftigungen / Beurlaubungen, ohne dass die freien Stellen bzw. Stellenanteile unmittelbar nachbesetzt werden
- Änderung von Stellenausweisungen

Zudem reduzieren auch freie Stellen, für die (noch) keine adäquaten Bewerberinnen und Bewerber gefunden werden konnten, die Personalkosten in nicht unerheblichen Umfang. So ist an dieser Stelle anzumerken, dass insbesondere im Bereich der Ingenieure aktuell zwei Stellen unbesetzt sind, wodurch entsprechende Minderausgaben entstehen.

Den oben genannten Minderaufwendungen stehen folgende **Mehraufwendungen** entgegen:

Mehraufwendungen:

Tariferhöhung zum 01.03.2018

Bei der Ermittlung der Personalkosten für das Haushaltsjahr 2018 wurde von einer Tariferhöhung in Höhe von 2 % ausgegangen. Der Tarifabschluss 2018 führt jedoch zu einer Erhöhung von durchschnittlich 3,19 % (zuzüglich einer Einmalzahlung bis zur Entgeltgruppe 6 / S 4 in Höhe von 250,00 Euro).

Der Tarifabschluss führt im Haushaltsjahr 2018 nach Abzug der kalkulierten Erhöhung um 2 % zu nicht kalkulierten **Mehraufwendungen** in Höhe von **rund 121 T€**.

Stellenplan 2018/2019

Im Zusammenhang mit der Aufstellung des Stellenplans 2018/2019 wurden Mehraufwendungen in Höhe von rund 450 T€ kalkuliert.

Hiervon wurden 250 T€ im Ansatz des Deckungskreises 1 berücksichtigt (im Gegenzug erfolgte jedoch eine Ansatzverbesserung im Bereich des Deckungskreises 3 zur Kompensation der Mehraufwendungen, s. unter Punkt 2.). Die verbleibenden 200 T€ sollten nach Vorgabe des StA 20 innerhalb des Haushaltsjahres 2018 erwirtschaftet werden.

Eine aktuelle Hochrechnung der Mehrausgaben anlässlich der Umsetzung des Stellenplans 2018/2019 ergibt einen Betrag von rund 274 T€. Der Grund für die Abweichung resultiert insbesondere daraus, dass ein Teil der erhöhten Personalkosten bereits bei der Ermittlung der Ansätze für das Haushaltsjahr 2018 berücksichtigt wurde. Weiterhin konnten neu geschaffene Stellen teilweise nicht unmittelbar besetzt werden.

Unter Berücksichtigung der oben genannten Ansatzerhöhung im Deckungskreis 1 um 250 T€ ergeben sich somit **Mehraufwendungen** anlässlich des Stellenplans 2018/2019 für das Haushaltsjahr 2018 in Höhe von **rund 24 T€**.

Zusätzlich verursachen Personalmaßnahmen, die über den Stellenplan 2018/2019 hinaus genehmigt wurden (insbesondere Einstellungen, Beförderungen/Höhergruppierungen und Stundenerhöhungen), weitere **Mehraufwendungen** in Höhe von **rund 296 T€**.

Künstlersozialkasse

Im Bereich der Abgaben an die Künstlersozialkasse entstand wider Erwarten lediglich ein minimaler Mehraufwand von weniger als 50 Euro. Ursprünglich wurde davon ausgegangen, dass aufgrund der fehlenden Abgabebescheide für das Kalenderjahr 2017 und der entsprechend für 2017 nicht erfolgten Zahlungen ein entsprechender Mehraufwand in 2018 entstehen würde.

Aus den mittlerweile vorliegenden Abgabebescheiden für die Jahre 2017 und 2018 geht aufgrund der Verrechnung von Guthaben aus Vorjahren und Zusammenlegungen von Abgabenummern keine nennenswerte Nachzahlung hervor.

Übersicht:

Minderaufwendungen Familienzentrum	28.300 Euro
Minderaufwendungen Musikschule	86.200 Euro
Minderaufwendungen Beihilfe	54.500 Euro
Minderaufwendungen Versorgungsumlage	24.000 Euro
Minderaufwendungen personalpolitische Maßnahmen	563.800 Euro
Minderaufwendungen insgesamt	756.800 Euro
Mehraufwendungen Tariferhöhung zum 01.03.2018	121.000 Euro
Mehraufwendungen wg. Stellenplan 2018/2019	24.200 Euro
Mehraufwendungen für genehmigte Personalmaßnahmen (über Stellenplan hinausgehend)	295.800 Euro
Mehraufwendungen insgesamt	441.000 Euro
Ergebnis Gesamt (Minderaufwendungen)	315.800 Euro

Ausblick auf 2019:

- Die Sozialversicherungsbeiträge wurden zum 01.01.2019 angepasst. Hieraus folgt eine Erhöhung der Arbeitgeberanteile zum 01.01.2019 um durchschnittlich 0,5 %. Die Mehraufwendungen werden sich auf Basis der entsprechenden Ansätze für das Haushaltsjahr 2019 voraussichtlich auf rund 80 T€ belaufen.
- Es ist absehbar, dass, sobald die im Rahmen des Stellenplans geschaffenen und die im Laufe des Jahres 2018 darüber hinaus bewilligten zusätzlichen Stellen bzw. Stellenanteile vollständig besetzt werden konnten, der Ansatz im Deckungskreis 1 überschritten wird. Es wird im Haushaltsjahr voraussichtlich nicht möglich sein, die Mehraufwendungen innerhalb des Deckungskreises durch entsprechende Minderaufwendungen zu erwirtschaften.

Deckungskreis (3) – Personalkostenerstattung

Der Deckungskreis 3 schließt nach der Berechnung des Sachgebietes Personal im Jahr 2018 mit einem **Minderertrag** von **rund 101 T€** ab.

Allgemeine Ansatzverbesserung

Aufgrund der Vorgaben des StA 20 musste bei der Aufstellung der Ansätze insgesamt eine Ansatzverbesserung von 250 T€ für das Haushaltsjahr 2018 kalkuliert werden.

Hiervon wurden 50 T€ im Bereich des Deckungskreises 2 ("Erträge aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen") berücksichtigt.

Die verbleibenden 200 T€ wurden im Deckungskreis 3 kalkuliert. Hiervon wurden 55 T€ bei der Ermittlung des Ansatzes für die Personalkostenerstattungen im Bereich EBB/SEB berücksichtigt, die auch in entsprechender Höhe erwirtschaftet werden konnten. Darüber hinaus konnten weitere **Mehrerträge** in diesem Bereich in Höhe von **rund 55 T€** erreicht werden.

Ein Betrag in Höhe von rund 145 T€ wurde im Bereich der "Flüchtlingshilfe" angesetzt. Bei der Ansatzplanung wurde noch angenommen, dass dieser Betrag durch zusätzliche Personalkostenerstattungen aus dem Bereich "Flüchtlingshilfe" tatsächlich erwirtschaftet werden kann. Tatsächlich konnten jedoch lediglich rund 27 T€ in diesem Bereich vereinnahmt werden. Folglich liegt an dieser Stelle ein **Minderertrag** von **rund 118 T€** vor.

Insgesamt ergeben sich aufgrund der Berücksichtigung der o.g. allgemeinen Ansatzverbesserung **Mindererträge** in Höhe von **rund 64 T€**.

Ansatzverbesserung aufgrund der Mehraufwendungen "Stellenplan 2018/2019"

Weiterhin musste ein Teil der Mehrausgaben im DK 1 anlässlich der Änderungen im Stellenplan 2018/2019 durch eine Ansatzverbesserung im Deckungskreis 3 in Höhe von **250 T€** berücksichtigt werden. Durch diesen zusätzlichen Ansatz wurde die entsprechende Aufstockung des Ansatzes im Deckungskreis 1 um ebenfalls 250 T€ kompensiert (s. unter Punkt 1.).

Zum Ende des Haushaltsjahres kann diesbezüglich festgestellt werden, dass insgesamt Mehrerträge in Höhe von rund 287 T€ erwirtschaftet werden konnten:

Erstattung BreitBand Bergkamen	114.000 Euro
Erstattung Fraktionsgeschäftsführer	10.000 Euro
Erstattung Künstlersozialkasse (nicht ILV)	3.000 Euro
Erstattung für Werkstudenten durch Sparkasse	4.000 Euro
Erstattungen Arzneimittel (ZESAR) und Reisekosten Bürgermeister	5.000 Euro
Zuwendungen für Offene Kinder- und Jugendarbeit	14.000 Euro
Erstattung "frühe Hilfen"	6.000 Euro
Erstattung Adoptionsvermittlung	36.000 Euro
Erstattung Erziehungsberatungsstelle	6.000 Euro
Erstattungen Familienzentren	62.000 Euro
Erstattung Versorgungslastenausgleich	22.000 Euro
sonstige Erstattungen	5.400 Euro
Mehrerträge gesamt	287.400 Euro

Nach Abzug der o.g. Ansatzverbesserung anlässlich der Änderungen im Stellenplan 2018/2019 verbleiben somit Mehrerträge von rund 37 T€.

Dem gegenüber stehen weitere Mindererträge:

Im Bereich "JeKITS" liegen **Mindererträge** in Höhe von **rund 40 T€** vor. Grund hierfür ist, dass der Unterrichtsumfang in diesem Jahr geringer ist und folglich auch die Landeszuweisungen geringer ausfallen werden. Bei den genannten Mindererträgen wurden bereits Mehreinnahmen aus Teilnehmerentgelten anlässlich des neuen Projekts "SchulMusik" berücksichtigt. Im Gegenzug sind jedoch auch entsprechende Minderausgaben im DK 1 zu verzeichnen (s. oben unter Punkt 1).

Im Bereich des Bundesfreiwilligendienstes fällt die Erstattung ebenfalls um **rund 6 T€** geringer aus. Dies resultiert daraus, dass von den vorhandenen acht Stellen nicht alle Stellen durchgehend besetzt werden konnten. Folglich sind auf der Gegenseite auch entsprechende Minderausgaben vorhanden.

Auch im Bereich der Erstattung der privatrechtlichen Leistungsentgelte und sonstigen Erstattungen von Personalkosten aus dem Bereich des StA 68 sind **Mindererträge** von **rund 280 T€** zu verzeichnen.

Übersicht:

Minderertrag anlässlich der allgemeinen Ansatzverbesserung nach Vorgabe StA 20	64.000 Euro
Minderertrag "JeKITS"	40.000 Euro
Minderertrag Erstattung "Bundesfreiwilligendienst"	6.000 Euro
Minderertrag Entgelte / Erstattungen StA 68	28.000 Euro
Mindererträge insgesamt	138.000 Euro
Mehrerträge (s. Tabelle oben)	37.400 Euro
Ergebnis Gesamt (Mindererträge)	100.600 Euro

Stellungnahme zu den Erträgen aus internen Leistungsbeziehungen 01.11.04.481101

Ansatz:	145.190,00 Euro
Rechnungsergebnis:	145.941,86 Euro
Mehreinnahmen gesamt:	751,86 Euro

Im Rahmen der inneren Verrechnung wurden vom Baubetriebshof Personalkosten für Querschnittsleistungen in Höhe von rund 138 T€ erstattet. Dieser Betrag entspricht dem Ansatz.

Weiterhin erfolgte zum Ende des Jahres 2018 eine innere Verrechnung für die seitens der Zentralen Dienste gezahlte Künstlersozialabgabe durch die beteiligten Fachämter. Aufgrund der gemeldeten Künstlerentgelte ergibt sich hieraus eine Künstlersozialabgabe in Höhe von rund 8 T€. Im Ansatz für 2018 wurden Einnahmen in Höhe von rund 7 T€ kalkuliert, sodass Mehreinnahmen in Höhe von rund 1 T€ entstanden sind.

Stellungnahme zu der Entwicklung des Deckungskreises "Dienstreisen"

Ansatz (ursprünglich):	85.000,00 Euro
Rechnungsergebnis:	70.116,90 Euro
Minderaufwand:	14.883,10 Euro

Im Deckungskreis "Dienstreisen" ist ein **Minderaufwand** in Höhe von rund **15 T€** zu verzeichnen.

Dies zeigt, dass die Sparbemühungen der Zentralen Dienste (z. B. konsequente Anordnung der Dienstwagennutzung, Ticket 2000, Kontrolle der Fahrtenbücher, Bereitstellung von weiteren Dienstwagen) greifen. Diese werden daher konsequent weiter verfolgt.

Abschließend wird festgestellt, dass der Deckungskreis 1 "Personalaufwand" mit einem **Minderaufwand** von rund **316 T€** abschließt. Der Deckungskreis 3 "Personalkostenerstattungen" schließt mit einem **Minderertrag** in Höhe von rund **101 T€** ab.

Fazit zu den Deckungskreisen der Zentralen Dienste

Insgesamt ist festzustellen, dass aufgrund konsequent wirtschaftlichen Verwaltungshandelns, d.h. durch einen sparsamen Umgang mit anvertrauten Haushaltsmitteln **Minderaufwendungen/Mehrerträge** von insgesamt **290 T€** (+ 215 T€ Personalaufwendungen zzgl. 75 T€ Sachaufwand) zu verzeichnen sind.

Deckungskreise Sachgebiet Hochbau, Gebäudewirtschaft

Fazit zu den Deckungskreisen des Sachgebietes Hochbau, Gebäudewirtschaft

Im Haushaltsjahr 2018 stehen für die Bewirtschaftung der vorgenannten Deckungskreise Gesamtmittel in Höhe von rd. 4.608 T€ zur Verfügung. Die Bewirtschaftung der entsprechenden Positionen des Baubetriebshofes erfolgt über das Sachkonto und ist daher nicht Gegenstand dieser Stellungnahme.

In der Stellungnahme vom 12.10.2018 wurde aufgrund des vorliegenden Zahlenmaterials von einem voraussichtlichem Minderaufwand von ca. 236 T€ ausgegangen. Zum Zeitpunkt des Kassenschlusses lagen noch nicht sämtliche Jahres- sowie Monatsrechnungen für den Bereich Heizung, Strom und Wasser etc. vor. Es wurden daher entsprechende Rückstellungen gebildet, um die Jahresrechnungen bedienen zu können. Auf der Grundlage dieser Maßnahme wird sich trotzdem ein **Minderaufwand** in Höhe von ca. **25 T€** für das Jahr 2018 einstellen.

Fazit zum Ergebnis aller Deckungskreise

Die Deckungskreise der ZD werden voraussichtlich mit einer Verbesserung von insgesamt 290 T€ und die Deckungskreise des Sachgebietes 65 mit einer Verbesserung in Höhe von 25 T€ abschließen. Mithin ist nach aktueller Sachlage im Bereich der Deckungskreise mit einer **Gesamtverbesserung** von **315 T€** zu rechnen.